

Grossbritannien: Homophober Hassprediger darf nicht auftreten

In Grossbritannien wurden alle acht geplanten Auftritte des evangelikalen Pastors Franklin Graham abgesagt. Der Evangelist droht jetzt mit juristischen Konsequenzen.

Ausgerechnet im Pride-Monat Juni wollte der homophobe Prediger Franklin Graham in acht Veranstaltungsorten in England, Wales und Schottland auftreten. Nach einer Kampagne von LGBTI-Aktivist*innen haben nun laut britischen Medienberichten alle gebuchten Hallen den 67-jährigen Amerikaner ausgeladen.



Als letzter Veranstaltungsort kündigte die Utilita Arena in Newcastle upon Tyne an, den Vertrag mit dem Prediger zu kündigen. Zuvor hatte sich der sozialdemokratische Stadtratschef Nick Forbes für die Absage eingesetzt, eine Petition gegen den Auftritt wurde von mehr als 5'000 Menschen unterzeichnet. "Pastor Graham geht mit kontroversen, abstossenden Ansichten über LGBT hausieren. Diese stehen im direkten Konflikt mit den Werten, die uns in Newcastle wichtig sind", so Forbes.

Graham droht als Reaktion mit Klagen vor Gericht. Nach einer Absage im schottischen Glasgow erklärte er Ende Januar, die Vertragskündigung sei eine "Diskriminierung von Christen".

Graham will zur CSD-Saison nach Köln

In Deutschland ist bislang nur ein Auftritt in Köln geplant – ausgerechnet am 20. Juni zum Start des Cologne Pride und ausgerechnet in der Lanxess Arena, der grössten Mehrzweckhalle in Deutschland. Nach Kritik hat die Arena im Stadtteil Deutz, die bis zu 20'000 Sitzplätze bietet, bereits angekündigt, den Auftritt Grahams überprüfen zu wollen. Die CSD-Organisatoren in Köln appellierten an die Lanxess Arena, "angesichts der zu erwartenden homophoben Hetze und Muslimfeindlichkeit" den Auftritt Grahams nicht zuzulassen.

Graham ist in den letzten Jahrzehnten durch unzählige homo- und islamophobe Äusserungen aufgefallen. So warb er nicht nur für Homo-"Heilung" und lobte das russische Gesetz gegen Homo-"Propaganda", sondern erklärte Schwule und Lesben sogar zu "Feinden" der Christen. Der Prediger versucht ausserdem, Homosexuelle aus der Politik zu drängen: So forderte er den offen schwulen Präsidentschaftskandidaten Pete Buttigieg auf, für seine Homosexualität Busse zu tun. Der Politiker der Demokraten tat dies nicht, gewann aber trotzdem die erste Vorwahl im US-Bundesstaat Iowa.